

Richtlinien für Trinkwasser in der EU

Alles im Fluss

Die EU-Kommission will alle Bürger mit sauberem Wasser versorgen, wie die Initiative Right2Water gefordert hatte. Ein Grundrecht wird es nicht geben.



Wasser trinkt man am besten aus dem Glas, nicht aus einer Plastikflasche Foto: dpa

BRÜSSEL taz | Alle Bürger der EU sollen Zugang zu sauberem Trinkwasser erhalten. Ein „Grundrecht auf Wasser“, wie es die Bürgerinitiative Right2Water vor fünf Jahren gefordert hat, wird es aber nicht geben. Das kündigte die EU-Kommission am Donnerstag an.

„Politisch unterschreiben wir alle Ziele der Bürgerinitiative“, erklärte der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Gleich mehrfach erwähnte der Niederländer die 1,6 Millionen Bürger, die 2013 die Petition von Right2Water unterschrieben hatten. Doch das zentrale Anliegen der Initiative, ein verbindliches Grundrecht auf Wasser, will Brüssel nicht unterstützen. Dies sei nicht in der europäischen Grundrechtecharta vorgesehen, sagte Timmermans.

Eine Enttäuschung hatte der Sozialdemokrat auch für Restaurantbesucher parat. Er unterstütze zwar die populäre Forderung, dass Restaurants und Cafés auf Wunsch kostenlos Leitungswasser ausgeben sollten, so Timmermans. Einen Rechtsanspruch werde es aber auch hier nicht geben.

In vielen EU-Ländern muss man für ein Glas Wasser zum Essen teuer bezahlen – einen kostenlosen Service gibt es längst nicht überall. Zudem wird das Wasser immer noch häufig in Plastikflaschen verkauft und ausgeschrieben. Vor allem in Italien ist dies ein großes Problem.

Immerhin will Brüssel nun gegen diese umweltschädliche Unsitte vorgehen. Ihren Vorstoß zur Reform der 30 Jahre alten Trinkwasserrichtlinie begründet die Brüsseler Behörde nämlich auch mit dem Kampf gegen Plastikmüll. Auch Mikroplastik nimmt sie ins Visier.

Europäische Haushalte könnten mehr als 600 Millionen Euro jährlich sparen, wenn sie weniger Wasser aus Plastikflaschen konsumieren würden, rechnet die EU-Kommission vor. Allerdings haben auch die vorgeschlagenen Verbesserungen einen Preis: Die Kommission schätzt die Mehrkosten auf 1,6 bis 2,2 Milliarden Euro pro Jahr. Wer die zusätzlichen Kosten tragen soll, bleibt unklar.